

FABIAN KRETSCHMER ÜBER DIE WAHLEN IN SÜDKOREA

Gebremst linker Neuanfang

Nach fast zehn Jahren konservativer Politik läutet Südkoreas designierter neuer Präsident Moon Jae In einen grundlegenden Wandel ein – wirtschaftlich, gesellschaftlich, aber auch außenpolitisch. Rückblickend können die letzten zwei Regierungen als bleierne Zeit betrachtet werden: Die Pressefreiheit wurde von den rechten Politikern systematisch eingeschränkt, der Sozialstaat zurückgefahren und wirtschaftlich weiter der Status quo zementiert.

Wie nötig ein Neuanfang ist, ließ sich am Korruptionskandal um Ex-präsidenten Park ablesen: In Hintzimmern mauschelte die Regierung mit den Familienclans der koreanischen Konglomerate Geschäfte aus, ohne der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen zu müssen. Diesem System hat der Wahl gewinner ganz klar den Kampf angesetzt.

Gerade die Jugend fühlt sich entfremdet in einer Gesellschaft, die sie – in Anlehnung an das historische Königreich – „Hell Chosun“ nennt: Vitamin B und Herkunft entscheiden

über den gesellschaftlichen Erfolg, während gleichzeitig eine Elite über dem Gesetz zu stehen scheint.

Die junge Generation ist zudem die politische Paranoia der rechten Politiker leid, die Andersdenkende stets als Nordkorea-Sympathisanten oder militante Gewerkschafter diffamiert. Dennoch wäre es naiv zu glauben, dass sich das System von Korea Inc durch den alleinigen Personalwechsel an der Spitze grundlegend ändern wird: Moons Wirtschaftsreformen werden nur in Ansätzen durch das Parlament kommen, denn die unternehmerfreundlichen Konservativen stellen genug Abgeordnete, um Gesetze zu blockieren. Politischer Stillstand ist vorprogrammiert.

Auch außenpolitisch ist Moon Jae

Ins Spielraum beschränkt. Seine geplanten Annäherungen an Nordkorea – Wiederöffnung einer Sonderwirtschaftszone und Tourismusressorts – stehen im Widerspruch zu Trumps Sanktions- und Isolationskurs. Moon Jae In sind die Hände gebunden.

Ausland SEITE 10

JAN FEDDERSEN ÜBER DEN POLITISIERTEN EUROPEAN SONG CONTEST IN KIEW

Lob der Ukraine

Russland hat so gut wie alles unternommen, um den Eurovision Song Contest (ESC) in der Ukraine madig zu machen. Aber es hat alles nichts gefruchtet, auch nicht, dass Europa nicht in Solidarität verfiel, weil die Kiewer Sicherheitsbehörden der russischen ESC-Sängerin Julia Samoilova die Einreise verweigerten. Sie ist Teil des einreise-industriellen Popmusikkomplexes und trat als eine von ihnen, als russische Einheizerin, auf der besetzten Krim auf. Solche Russen möchte man in der Ukraine nicht sehen: Das war nur zu verständlich.

Auch die Meldung, russische Medienvertreter erhielten keine ESC-Akkreditierung, stimmt nur halb. In Kiew sind russische Journalisten durchaus meinungsfreudig tätig – sie stehen bloß nicht auf den Lohnlisten von *Sputnik* oder *Russia Today*, sondern sind unabhängig.

Außerdem: Wenn russische Medien behaupten, in Kiew sei der ESC wie ein militärisches Ereignis organisiert, fällt das auf sie selbst zurück. Der Wahrheit jedenfalls entspricht es

nicht. In Kiew, einer in der Tat sehr schönen Stadt, der die meisten Schäden derereinst von der Wehrmacht beigebracht wurden, wird ein ziemlich gastfreundlicher ESC abgehalten.

Die ukrainische Hauptstadt profitiert sich glaubwürdig als ein Teil Europas, als ein Ort der Freiheit und der Freisinnigkeit. Schwule Männer, beispielsweise, wissen den Unterschied sehr zu schätzen: Der Moskauer ESC 2009 war atmosphärisch das unangenehme Gegenteil.

Kiew zeigt sich in diesen Tagen von seiner besten Seite. Es empfiehlt sich, die Mühe des Kampfes in der Ukraine um Freiheit von totalitären Regierungsformen ernst zu nehmen. Und nicht in jedem Nationalisten am Dnipro – und die gibt es hier reichlich – gleich Nazirenken zu erkennen. Russland wollte dieses prestigeträchtige Event der Ukraine nicht gönnen – und überträgt es jetzt nicht einmal. Macht nix: Die kommen schon wieder, nächstes Jahr. Wer sich exkludiert, kriegt beim ESC immer eine zweite Chance.

Kiew profiliert sich beim ESC glaubwürdig als ein Teil Europas und als ein Ort der Freiheit

MICHAEL BARTSCH ÜBER DIE GEMEINSAME DEMO VON PEGIDA UND AFD

Wer noch alles weg muss

Gtrennt marschieren, vereint schlagen! Mit ihrer Einigkeitsbekundung vom Montag in Dresden scheinen die Rechtsaußen des deutschen Meinungsspektrums dieser preußischen Militärstrategie folgen zu wollen. Nur wenige Meter zwischen zwei Lautsprecherwagen trennen AfD und Pegida noch.

Eine Demonstration der Stärke aber war das nicht. Der Verlauf der gemeinsamen Kundgebung mit der Bechwörung einer künftigen AfD-Bundestagsmehrheit klang eher wie das sprichwörtliche Pfeifen im Walde. So wie die Behauptung des AfD-Seniors Alexander Gauland, die Flügelkämpfe seien mit dem Kölner Parteitag ausgestanden.

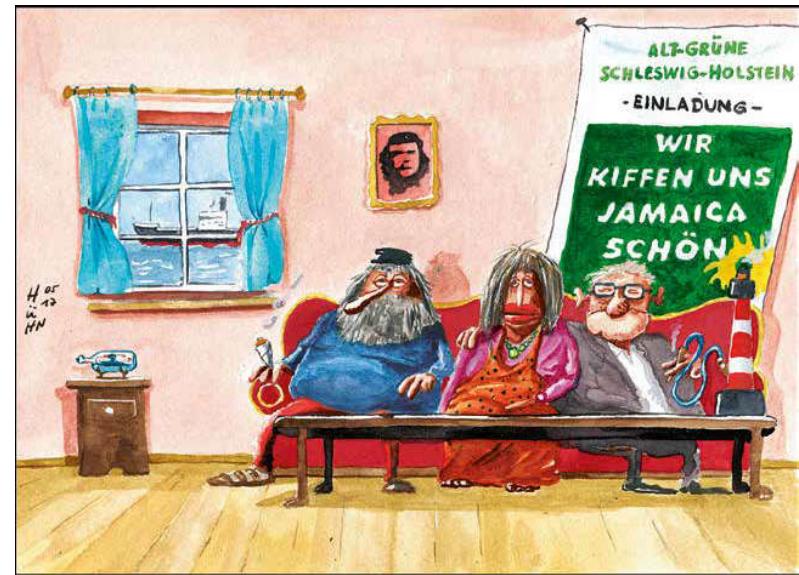
Von wegen. Die Verlobung von AfD und Pegida in Dresden ließ geradezu körperlich spüren, wie relevante Teile der Partei dem Petry-Flügel immer dreister in den Rücken fallen. Petry gilt ihnen als Bremserin des unaufhaltenden Rechtsdralls der AfD und muss deshalb weg, wie auf dem Neumarkt vor der Frauenkirche zu hören.

war. Alle müssen „weg“ die dem „gesunden Volksempfinden“ einen Funken Ratio entgegensetzen.

Frauke Petry hätte sich wohl nie träumen lassen, dass sie mal mit Kanzlerin Merkel gemeinsam eine Zielscheibe abgeben würde. Wie lange wird sie diesem AfD-Trend noch trotzen? Dessen Potenzial hatte übrigens 2011 schon der inzwischen gescheiterte NPD-Bundesvorsitzende erkannt: Holger Apfel meinte mit seinem Schlagwort von der „seriösen Radikalität“ genau diesen Extremismus der Mitte, mit dem er seine Partei vom Image der Nazi-Schlägertruppe wegführen wollte.

Von Pegida und ihrer wöchentlichen „Widerstandsparty“ mit knapp 2.000 Stammgästen aber nimmt kaum jemand noch Notiz. Sogar der „Lügenlutz“ sollte schon mal weg, als der Tatjana-Festler-Flügel von Pegida gegen Pegida demonstrierte. Wer bleibt eigentlich übrig, wenn alle, die „wegmüssen“, entsorgt sind? Hoffentlich ein Demokrat!

Inland SEITE 6



SCHLAGLOCH VON JÁGODA MARINIĆ

Der Schaden kommt von rechts

Statt über die Verteidigungsministerin sollte man über Hakenkreuze reden

J etzt, da Macron Europa fürs Erste gerettet hat, können wir uns wieder der Bundeswehr zuwenden. Bei all den Covern mit Frau von der Leyen und den Kommentaren über ihre Führungskultur vergisst man fast, dass wir hier die Chance haben, Klartext über hiesige Zustände zu reden – und zwar mal nicht nur über deutsche Einwanderer, sondern über deutsches Rechtsextremismus.

Wie immer, wenn es um Vergangenheitsbewältigung geht, auf die Deutschland gemeinsam so stolz ist, müssen sich im Zweifelsfall die Betroffenen zu Wort melden: Das Internationale Auschwitz-Komitee muss, vertreten durch seinen Vizepräsidenten Heubner, darauf hinweisen, dass für Holocaust-Überlebende allein der Gedanke, in einer deutschen Armee könnten Nazisymbole verherrlicht werden, unerträglich sei. Heubner verlangt eine Debatte über die Leitkultur der Bundeswehr – dabei hatte die CDU das Thema Leitkultur doch für Einwanderer reservieren wollen.

Eifriges Dekonstruieren

Immer braucht es für solche Debatten, wenn sie ernsthaft geführt werden sollen, die Stimmen der Betroffenen. Viele andere, die sich mit der Angelegenheit befassen, kümmern sich lieber um die politische Karriere der Verteidigungsministerin. So manche Kollegen Kolumnisten übertreffen sich gerade selbst in ihrem Begeisterung, Frau von der Leyen als Verteidigungsministerin zu dekonstruieren.

Weshalb braucht es die Forderungen des Auschwitz-Komitees, um die Wehrmacht-Verherrlichung wieder in den Mittelpunkt der Bundeswehr-Debatte zu rücken? Weshalb weisen andere lieber darauf hin, dass wir es hier mit einem Laden von 250.000 Leuten zu tun haben und bei so einer Größe eben immer welche darunter sind, die sich der Kontrolle entziehen? Wehrmacht-Verherrlicher als Quotenspinner abzutun ist schon eine verdächtige Verdrängungsleistung. Wir werden die Überlebenden und Zeugen nicht mehr lange unter uns haben, Menschen, die uns mit ihren Schmerzen zur Besinnung rufen.

Es ist beschämend, wenn die Unzumutbarkeit rechtsextremster Verherrlichung in der deutschen Bundeswehr am Schmerz gemessen werden muss, den er bei Überlebenden auslöst. Wer in diesem Land noch nicht verstanden hat, weshalb die Vorkommnisse nicht ein Organisationsproblem unterfertiger liefern sind, der lernt es wohl nicht mehr.

Vielleicht ist es auch einfach mühsiger, sich mit dem braunen Anteil in der eigenen Gesellschaft und Gewalt zu befassen, als mit dem lapidaren Vorwurf, Ursula von der Leyen wolle sich selbst inszenieren. Das ist in etwa so entlarvend, wie einem Politiker, der mit dem Lärm um die Verteidigungsministerin wird die Chance verpasst, ein Problem anzugehen.

Wer die Geschichte über den terroristverdächtigen Franco A. liest, stellt fassungslos fest, dass der Terror von allen Seiten kommen kann. So manche Gehirnwundungen der Jetztzeit stellen Romane und Filme in den Schatten. Die mutmaßlich geplante Tat ist in ihrer Perfide schwer zu überbieten: Da will einer Terror gegen die eigene Gesellschaft ausüben, um sein fremdenfeindliches Weltbild bestätigt zu sehen und die Gesellschaft, die er verletzt, vermeintlich vor sich selbst zu schützen.

Damit will er vielleicht jene Kräfte im Land befeuern, die den Preis für Wehrmacht-Kasernen mit Wehrmacht-Devotionalien und Hakenkreuzen sind Brüderstätten solcher Pläne. Man muss sich nur junge Männer vorstellen, wie sie in diese Räume treten, sie schmücken – was geht währenddessen und danach in ihren Köpfen vor? Was geht in den anderen vor, die dir vorbeigehen, nichts dazu sagen und nichts dagegen unternehmen?

Und da kommen ernsthaft einige Kollegen Kolumnisten darauf, zu fragen, wie man mit Frau von der Leyen umgeht, wäre sie Managerin bei Sie-

mens. Wenn eine Siemens-Führungs-kraft vor Problemen steht, dann hat ein Privatunternehmen Probleme, und es gibt auch dort Fälle, wo diese Probleme von öffentlichem Interesse sind. Die managementbewandten Kollegen verlieren dabei aus dem Blick, dass Siemens, zum Beispiel, der Charta des Vielfalt beigetreten ist und ein Diversitätsmanagement betreibt, von dem die Bundeswehr, wenn sie es in derselben Art einführen würde, durchaus profitieren könnte.

Wenn bei Siemens einer auf die Idee käme, einen Raum zu dekorieren, der dem Zweck diente, die Wehrmacht zu verherrlichen, so würde das vermutlich von einer Menge internationaler Mitarbeiter bemerkt, angesprochen und nicht geduldet werden. Vielleicht müsste es nicht erst in die Öffentlichkeit, weil die interne Kontrolle greifen würde.

Klares Benennen

Die Bundeswehr aber ist kein Unternehmen und immer von öffentlichem Interesse, weil sie, selbst wenn man Pazifist ist, in unserem Namen agiert. Wer an der Spitze der Bundeswehr steht, der steht nicht nur nach innen in der Verantwortung, sondern mindestens so sehr nach außen. Eine Verteidigungsministerin ist keine Chef-in, wie wir sie aus dem Büro kennen. Frau von der Leyens Weg, sich inhaltlich klar gegen die rechtsextremen Vorkommnissen zu stellen und die Zustände öffentlich anzuprangern, ist tragbarer als das Kleinreden und Ver-tuschen. Ihr Pauschalisieren schadet der Sache, das öffentliche und klare Benennen nicht.

Man könnte nicht drei Jahr Chef-in der Bundeswehr sein und sich nun überrascht zeigen von den internen Vorgängen, so wiederholt es öffentlich. Und während alle über die Person von der Leyen diskutieren, tritt das Problem des Rechtsextremismus in den Hintergrund, begleitet von hysterischen Politiker-Tweets, die das alte Lagerdenken der Parteien noch einmal vorführen. Und dabei bestätigen, weshalb es wichtig ist, was Emmanuel Macron uns gerade vorlebt: dass wir dieses Auslaufmodell der politischen Organisationen, genannt „Volksparteien“, bald schon hinter uns lassen könnten.

Und die Grünen, von denen man in diesem Wahlkampfjahr ohnehin kaum etwas hört, die bleiben auch bei diesem Thema, das eigentlich einer ihrer Urtheime wäre, ihrer Wahlkampfstrategie von 2017 treu: bloß nicht relevant werden.

Was geht in den Köpfen junger Männer vor, die Räume mit Hakenkreuzen schmücken?

Jágora Marinić

■ wurde 1977 als Tochter kroatischer Einwanderer in Waiblingen geboren. Nach der Einbürgerung verpasste man ihr einen Migrationshintergrund. Gedanken zu dieser Integrationspolitik brachte sie in „Made in Germany. Was ist deutsch in Deutschland“ zu Papier.

Foto: Dorothee Piroelle